rote garde*

Die Zeitschrift der revolutionären Jugend

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha, alle 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P.b.b Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an 1205 Wien, Fach 3

Nochmals: Die Lehren von Salzburg

Jeder simple Polizist kann die Demokratie (und Unschuldige) mit Füßen treten



Es ist fast ein Jahr her, daß der amerikanische Kriegsverbrecher (und Präsident) Nixon auf dem Weg nach Moskau, wo er mit den Sozialimperialisten Absprachen über die Aufteilung der Welt und die Bekämpfung des Freiheitskampfes der Völker traf, in Salzburg Station machte. Wir haben über den „Empfang", den die antiimperialistisch gesinnte Jugend diesem Herrn bereitete, berichtet („rote garde" Nr. 31, „Die Lehren von Salzburg"). Wir haben auch erwähnt, daß sich in Salzburg das wahre Gesicht der bürgerlichen Demokratie zeigte. Und ein amerikanischer Genosse schrieb uns: „Mir scheint, daß überall in der Welt eine wachsende Zahl junger Menschen am negativen Beispiel des Vietnamkrieges den wahren Sinn der bürgerlichen Demokratie kennenlernt ... Das kraftvolle Auftreten der österreichischen Demonstranten war für uns ‚hier sehr ermutigend."

In Salzburg wurden so manche Demonstranten verhaftet, und man versuchte, ihnen den Prozeß zu machen. Heute, fast ein Jahr später, sind alle diese Verfahren niedergeschlagen worden, da k e i n e i n z i g e r der Angeklagten sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hatte.

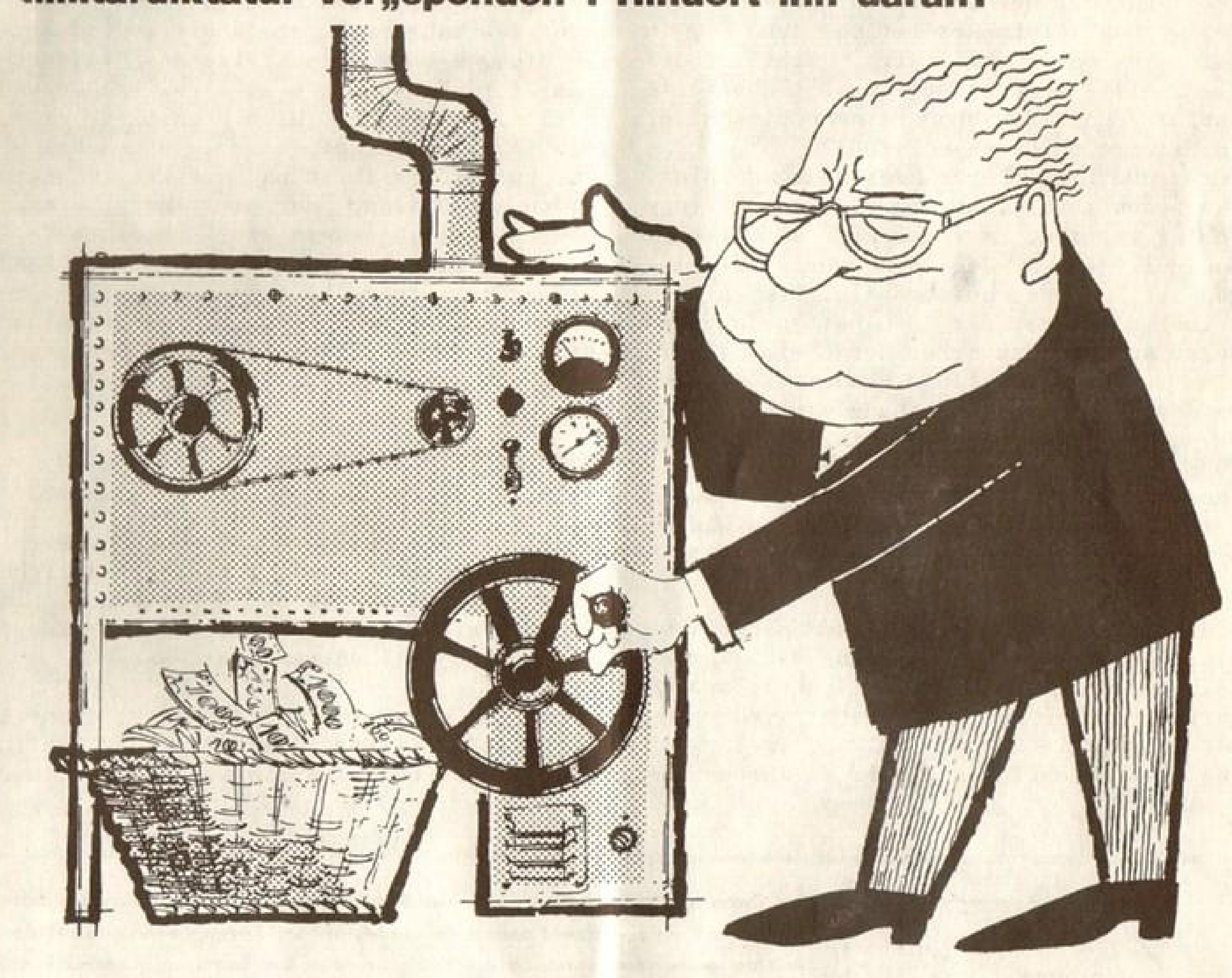
Jetzt erhebt sich wirklich die Frage: Wenn keine „strafbare Handlung" vorlag, warum hat dann die Polizei in Salzburg geprügelt, warum hat sie die Demonstranten auf dem Flughafen niedergeknüppelt, Dutzende von ihnen verletzt, verhaftet? Einmal mehr hat sich gezeigt: Wenn es der herrschenden Klasse nötig erscheint, beschneidet sie durch eine willkürliche Verfügung eines beliebigen Polizeioffiziers zu einem beliebigen Zeitpunkt die „Demokratie"! Auch wenn sich nachträglich die Willkür ganz offen entlarvt.

rote garde*

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

Nr. 37 · April 1973

Die Steuermaschinerie der SP-Regierung quetscht aus den österreichischen Arbeitern Lohnsteuermilliarden heraus. Anderseits will Kreisky jetzt Steuergelder an die Saigoner Militärdiktatur ver„spenden". Hindert ihn daran!



Keinen Schilling für das Thieu-Regime!

Keinen Schilling für das Thieu-Regime!

Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky hatte eine "Königsidee", wie es die "Kronenzeitung" bezeichnete. Er gründete unter dem Titel "Jugend für Vietnam" ein sogenanntes "Österreichisches Nationalkomitee" zur Spendensammlung für Vietnam. Im ersten Augenblick mag das wohl nach internationaler Solidarität unseres sehr verehrten Bundeskanzlers aussehen und sogar begrüßenswert erscheinen.

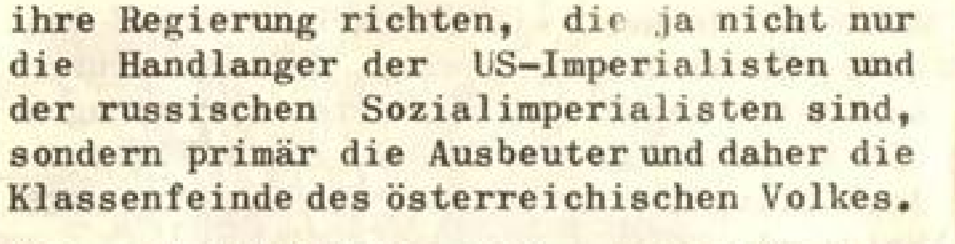
Doch was steckt dahinter, wenn Kreisky eine solche Initiative ergreift? Der selbe Kreisky nämlich, der in Salzburg den Kriegsverbrecher Nr. 1, Richard Nixon, herzlich willkommen geheißen hat und zugleich, entsprechend der Weisung von CIA-Agenten, sah, wie hunderte Demonstranten niedergeprügelt wurden, dieser Kreisky, der gemeinsam mit der Zionistenführerin Golda Meir eine Vietnam-Resolution der SI, in der die US-Imperialisten sehr scharf verurteilt werden sollten, sabotierte (wofür sich Nixon durch seinen Botschafter in Österreich bedanken ließ)?
Der große (Ver-)Führer Kreisky möchte hier, wie schon so oft, mehrere Fliegen mit einem Schlag treffen. Er versucht, sein Image, das bei der SP-Jugend schwer angeschlagen ist, wieder aufzumöbeln. Die jugendlichen Anhänger der SPÖ hatten ja offen gegen den Bombenterror der US-Imperialisten in Vietnam Stellung genommen. Da auch in der öffentlichen Meinung ein Umschwung zugunsten des Vietkong eingetreten war, konnte Kreisky nichts anderes tun, als ihnen einen gewissen Spielraum zu lassen. Jetzt aber will man die Rebellion wieder eindämmen, die SPÖ-Jugend wieder fest in den Parteigriff bekommen.

Die SP-Spitze versucht dies mit derartigen "Initiativen" wie die Gründung des "Nationalkomitees". Ihre in Wirklichkeit proimperialistische Haltung braucht wieder einmal Tünche. Die SPÖ will um jeden Preis ihre verlorenen Schäfchen wieder in ihren Einflußbereich bringen, um sie von der echten antiimperialistischen Bewegung abzuspalten. Damit soll verhindert werden, daß immer mehr Jugendliche und ein immer größerer Teil des übrigen Volkes den konsequenten Kampf gegen den Imperialismus und seine Handlanger aufnehmen. Gelingt das nicht, so könnte das für den kapitalistischen Staat und seine Regierung schwere Folgen haben, gibt Kreisky selbst zu, wenn er auf einer Pressekonferenz meint: Österreich müsse sich unangenehme Entwicklungen ersparen und daher halte er auch die Jugendkonfrontation (bzgl. des "Nationalkomitees") für ein großes Glück für das Land. (Nach "Die Presse", 7.2.1973.)

Hier stimmt auch die "Kronenzeitung", den Regierungschef in den höchsten Tönen lobend, ein: "Es ist zweifellos eine Königsidee des Kanzlers, gerade die Jugend aufzurufen, sich an die Spitze des Hilfswerkes für Vietnam zu stellen. Die Jugend will eine Aufgabe. Hier erhält sie eine. Sie braucht nicht mehr in ohnmächtiger Wut zu protestieren und die Fäuste gegen Nixon zu ballen, der dies nicht einmal registrierte, sondern sie kann einen Teil dazu beitragen, daß ein verwüstetes Land wieder zu einem blühenden wird... eine schönere Aufgabe, als am Wiederaufbau eines Landes mitzuhelfen, gibt es kaum. Es geht jedenfalls über das Protestieren..."

Damit spricht die "Kronenzeitung" offen aus, was Kreisky denkt. Die Jugend soll mit so einer "caritativen Hilfe" auf eine ungefährliche Aktionsebene gelenkt werden. Diese "Aufgabe" soll ihr die politische Unterscheidungsmöglichkeit rauben. Ein konsequenter antiimperialistischer Kampf der Jugend soll unterminiert werden.

Der Grund dazu? Nur allzuleicht könnte sich der antiimperialistische Geist gegen die herrschende Kapitalistenklasse und



ihre Regierung richten, die ja nicht nur die Handlanger der US-Imperialisten und der russischen Sozialimperialisten sind, sondern primär die Ausbeuter und daher die Klassenfeinde des österreichischen Volkes.

Den scheinheiligen und doppelzüngigen Charakter dieser Kreisky-Aktion erkennt man aber erst richtig, wenn man die von Kreisky gestellten Voraussetzungen für die "Hilfe" für Vietnam betrachtet:

1. Eine Organisation erhält erst eine Stimme im "Nationalkomitee", wenn sie mindestens einen Betrag von S 30.000,- als "Mitgliedsbeitrag" aufgebracht hat.

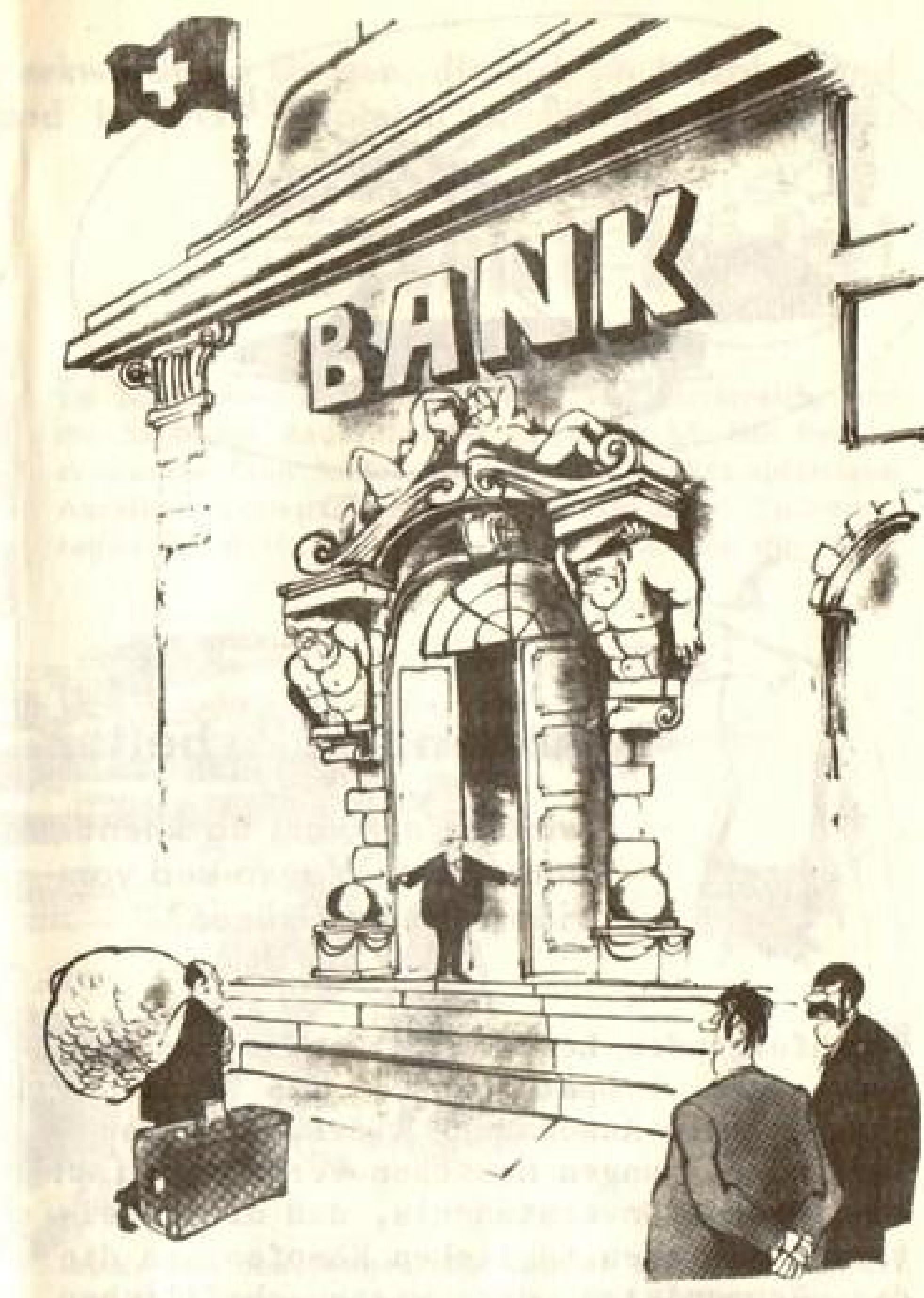
2. Jede Organisation kann bestimmen, wohin das von ihr gesammelte Geld kommt. Das bedeutet, daß die großen und vor allem reichen, also jene Organisationen, die von Parteien oder Interessensgruppen finanziell unterstützt werden, als erste Sitz und Stimme in diesem Komitee erhalten. Da der Ring Freiheitlicher Studenten und andere reaktionäre Organisationen bei dem Komitee teilnehmen, ist es nicht schwer zu erraten, daß das "gesammelte" Geld direkt in die Hände des faschistischen Thieu-Regimes fallen wird. Das hieße aber, daß die Organisationen, die Thieu an der Macht halten wollen, in der Zeit, in der sie die überwiegende Mehrheit im Komitee haben, ihre Gelder in aller Ruhe an das Marionetten-Regime transferieren können. Kreisky belohnt sie dafür noch, indem er jeden Schilling "verdreifacht".

Hier tritt offen zu Tage, auf welcher Seite Kreisky steht. Nämlich ganz fest auf der Seite des US-Imperialismus, dessen Marionette Thieu ist.

Das Wesen des "Nationalkomitees" ist also nichts anderes als die Ablenkung der österreichischen Jugend vom antiimperialistischen Kampf. Sie soll nicht mehr unterscheiden, wer der Aggressor und wer die Opfer der Aggression sind, sondern soll unter dem Vorwand der Hilfe für ein vom Krieg zerstörtes Land wieder unter die geistige Vormundschaft der herrschenden Klasse gebracht werden.

Von der revisionistischen "K"PÖ und den Führern ihrer Jugendorganisationen KSV und KJÖ ist nichts anderes zu erwarten, als daß sie bereitwilligst das Betrugsmanöver der Sozialdemokratie unterstützen.

Demgegenüber treten die Antiimperialisten konsequent dem Versuch entgegen, die Sympathie der österreichischen Jugend für den Kampf der Völker Indochinas den Interessen der herrschenden Klasse dienlich zu machen. ●



„Langsam glaube ich selber an einen baldigen Frieden in Vietnam, . . . das ist doch der Thieu!?"

Streiks in Phnom Penh

Seit zwei Monaten kämpfen die Arbeiter von Phnom Penh um höhere Löhne und eine gesicherte Existenz. Am 5. Februar legten 40 000 Arbeiter die Arbeit nieder und besetzten 15 Fabriken, die ausländischen Kapitalisten oder den einheimischen Landesverrätern um Lon Nol gehören. Die Streikenden forderten den sofortigen Rücktritt des Ministers für soziale Angelegenheiten und ein Gesetz, welches die Unternehmer zwingt, ihnen höhere Löhne zu zahlen.

In den Textil- und Zigarettenfabriken hielten die Arbeiter Sitzstreiks ab, auf denen sie die gleichen Forderungen aufstellten. Die Lon Nol-Regierung, die von den kambodschanischen Volksstreitkräften schon stark angeschlagen ist und die ihre Macht immer mehr schwinden sieht, wurde gezwungen, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. ●



Im Dezember 1972 wurden in Guinea-Bissau 41 portugiesische Kolonialsoldaten getötet und einige Dutzend andere verwundet, als drei Kompanien in einen Hinterhalt der guineischen Befreiungsstreitkräfte gerieten. Der Befreiungskampf in Portugiesisch-Guinea, der 1964 begonnen hat, hat die Kolonialtruppen in die größeren Siedlungen und Städte vertrieben. In über zwei Dritteln des Landes hat unter der Führung der Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln das Volk die Macht ergriffen. ●





Träumen die Arbeiter

wirklich nur vom Backhendl, vom neuen Wagen und vom Häuschen im Grünen?

Nachfolgenden Leserbrief erhielten wir von einem Sympathisanten aus Tirol. Er spiegelt die Anschauung wider, die besonders unter jungen Menschen verbreitet ist: Nämlich das Unverständnis, daß die Arbeiter nur in ihren täglichen Kämpfen, in die die Kommunisten den wissenschaftlichen Sozialismus tragen müssen, zum Klassenbewußtsein kommen können, und nicht, wie Intellektuelle und Schüler durch die Krise der bürgerlichen Ideologie von der Theorie her. Wenn man aber nicht versteht, daß zur Mobilisierung der breiten Massen der Arbeiterklasse unermüdliche, hartnäkkige und langwierige Kleinarbeit gehört, kann man leicht zu dem falschen Schluß kommen, die Arbeiter seien ja blöd, rückständig und mit ihnen sei "nichts zu machen". Diese Meinung kann letztlich nur zur Resignation führen und die Kommunisten abhalten, zu untersuchen, was die Arbeiter denken, wie sie arbeiten und leben. So wird verhindert, daß man durch konkreten Kampf und konkrete Forderungen die Arbeiter zum Bewußtsein ihrer Klassenlage bringt. Wir bitten die Leser um ihre Meinung!

Die Redaktion

Marxismus-Leninismus, das beweisen genügend Umfragen bei Arbeitern, ist kaum mehr als, auf gut Deutsch, ein fader Schinken, Schinken für ein paar verrückte Studenten, mögen sie doch Blähungen kriegen!

Er fährt einen Fiat, der Arbeiter. Solcher Art ist seine Argumentation. Frau und zwei Kinder, meint er, wären zu "versorgen" und er möchte, das betont er ganz besonders, ein Häuschen bauen - auf dem Land natürlich, den Frühstücksblick zum Kirchturm, zum Friedhof hin - der Arme!

Unbegreiflich, paradox, daß Marx den verstaubten Stapeln Bücher in den Bibliotheken zugeordnet wird. Unbegreiflich, wie meisterhaft die Kapitalisten die Kunst des Einseifens mittels "wohlgesinnter" parfümierter Tricks beherrschen; wie brutal systematisch das Gemeinwesen Mensch verblödet werden kann. Dazu das maskenhafte Lächeln der Kapitalisten und Großbourgeoisie in prosaischer Öffentlichkeit auf pompösen Wohltätigkeitsfesten, denn Gott ist nah.

Du, Genosse Arbeiter, Eigentum des Herrn, äffst nach und baust ein Kartenhaus... Na ja, dann äffe, äffe nochmals, bis sich in Dir doch noch was lichtet, Du dann nur das eine tun kannst, nämlich überlegen: für was, wie, mit wem Du kämpfst.

A. M., Tirol ●



Von der Muse geküßt

Kürzlich kam ich im 5. Wiener Bezirk an einem KP-Lokal vorbei. Ich war ziemlich erstaunt, denn es war außen mit Gedichten tapeziert. Ja, man höre und staune, mit Gedichten! Eines handelte vom Rüstungskapital und gipfelte in dem Aufruf an die Arbeiter, keinerlei Rüstungsgüter herzustellen oder zu transportieren. Ein anderes appellierte an die „Profitgeier" und „Aktionäre", „Gift Alkohol" zu besteuern und nicht die Mieten zu erhöhen. Der Inhalt dieser Knüttelverse, die wohl revolutionäre Gedichte sein sollten, war also ebenso unsinnig und reaktionär wie lächerlich.

Vielleicht stammen sie von irgendeinem intellektuellen Möchtegernkünstler, den die Revisionisten in ihr Fahrwasser gezogen und dem sie eingeredet haben, er sei zum literarischen Künder der Revolution berufen? Wie dem auch sei: Viel Erfolg wird die Margarethener Filiale der Revisionisten wohl nicht haben, denn einen klassenbewußten Arbeiter muten derartige „Kampfgedichte" eher komisch an.

P. W., Wien ●

Zu den merkwürdigen Dingen, die sich im Nachbarland Bayern und im ÖGB abspielen, kann man nur sagen:

Teufel, Teufel!

Im bayrischen Altötting, unweit von Österreich, lebt die 35jährige Bauerntochter Elisabeth M. Die bedauernswerte Frau leidet zeitweise unter krampfartigen Anfällen, Verwirrtheit und Wutausbrüchen. Epilepsie, sagen die Ärzte. Na ja — aber was wissen die Ärzte schon von den Dingen, die sich da zwischen Himmel und Erde beziehungsweise Erde und Hölle abspielen. Von überirdischen (oder unterirdischen?) Machtkämpfen zwischen Gott, Mensch und Teufel haben sie ja trotz all ihrer medizinischen Gelehrsamkeit keine blasse Ahnung. (Man verzeihe diese harten Worte, aber das m u ß t e einmal gesagt werden.)

Es war also höchste Zeit, daß sich endlich einmal ein Fachmann um das Leiden der Elisabeth M. kümmerte, und dieser Fachmann fand sich in Gestalt des Kapuzinerpaters Konstanz. Der Pater ließ sich durch kein medizinisches Blabla verwirren, und auf Grund streng wissenschaftlichen Bibelstudiums stellte er alsbald die Diagnose: Die Bauerntochter ist vom Teufel besessen. Begründung: Auf dem Bauernhof von Elisabeths Eltern ist vor 100 Jahren ein Kind ermordet worden.

Tja, lieber Leser, falls Sie kein TV-Konsument sind, dann kann ich Ihnen jetzt leider nicht helfen. Der ständige Genießer von Fernseh-Krimis hingegen wird infolge jahrelanger Gewöhnung ans Unlogische die kriminalistische Schlußfolgerung des Paters als völlig normal empfinden. Völlig normal, von dieser Warte aus betrachtet, verliefen dann auch die weiteren Ermittlungen des tüchtigen Kapuziner-Kommissars. Der gute Mann stellte zum Beispiel fest, daß der Teufel, der in die arme Elisabeth gefahren war, „Pluto I" hieß; und daß „Pluto I" Jazzmusik und Miniröcke liebte. Pfui Teufel.

Ein wenig abnormal — selbst für ganz Abgebrühte — wirkte allerdings die mittelalterliche Szene, welche sich daraufhin zutrug: Drei Männer halten Elisabeth M. fest, die sich, Schaum vorm Mund, in Krämpfen windet. Vor ihr steht der Kapuzinerpater, betet und besprengt sie mit Weihwasser. Teufel Pluto soll ausgetrieben werden. Im Jahre des Herrn 1973 . . .

Als der Vorfall in der Öffentlichkeit bekannt wurde,

da war der zuständige Bischof von Passau sehr bestürzt. Aber er war nicht etwa der Teufelsaustreibung wegen bestürzt, sondern nur deshalb, weil die Öffentlichkeit davon erfuhr. Und er selbst, der Bischof Hofmann, war es ja gewesen, der den kriminalistischen — oder darf man hier schon sagen: kriminellen? — Pater Konstanz unterstützt hatte. Elisabeth M. übrigens wurde bei dieser theologischen Roßkur selbstverständlich nicht geheilt, sie leidet weiterhin an epileptischen Anfällen. Geheilt wurden indes all jene, die an die Mär vom modernen, fortschrittlichen Katholizismus glaubten.

Apropos fortschrittlicher Katholizismus. Der Bischof von Wien, Kardinal König, besuchte unlängst eine Versammlung des ÖGB. Wie aus gut unterrichteter Quelle zu erfahren war, hatte er es allerdings nicht nötig, aus einem gewissen Herrn Benya den Teufel „Prolet I" samt Vorliebe für Streiks und Maxilöhne auszutreiben. Bei Gott, nein, die Herren Gewerkschaftsfunktionäre verstanden sich mit dem Kardinal vielmehr ausgezeichnet. Fuchsteufelswild werden sie nur, wenn sie was von innerbetrieblichen Lohnforderungen hören. Denn die unzufriedenen Arbeiter, so meinen sie offenbar, sollen sich zum Teufel scheren. Hauptsache, die ÖGB-Bonzen haben — dank ihrer Minister-, Abgeordneten-, Aufsichtsrats- und Werkmeistergehälter — den Himmel auf Erden. ●

Fortschrittliches Albanien

Als in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten Osteuropas die Revisionisten die Macht ergriffen, war die Partei der Arbeit Albaniens die einzige Partei Europas, die ihnen offen entgegentrat.

Im Kampf gegen die Tito-Revisionisten hatte das albanische Volk schon einmal den modernen Revisionismus kennengelernt. Als Albanien sich gegen die versklavenden Wirtschaftsverträge wehrte, die es praktisch zu einer jugoslawischen Kolonie gemacht hätten, wurden die jugoslawischen Techniker abgezogen, womit die Wirtschaft Albaniens schwer geschädigt wurde.

Als Chruschtschow die Partei der Arbeit Albaniens weder durch Drohungen noch durch Betrügereien gefügig machen konnte, brach er alle Wirtschaftsverträge und berief die sowjetischen Techniker ab. Auf dem 22.Parteitag der KPdSU rief Chruschtschow öffentlich zum Sturz der Führung der Partei der Arbeit auf. Aber auch die Blockade, welche die revisionistischen Führer der KPdSU über Albanien verhängten, konnte dieses kleine Land nicht unterwerfen.

Gestützt auf die eigene Kraft, und indem Partei und Volk am Marxismus-Leninismus festhielten, überwanden die Werktätigen Albaniens alle Schwierigkeiten.

Einige wichtige Erfolge des albanischen Volkes sollen hier aufgezählt werden: Es gibt heute im Gegensatz zur Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg in Albanien weder Malaria noch Analphabetentum.

Das gesamte Land bis ins letzte Gebirgsdorf ist heute elektrifiziert, und seit dem Frühjahr 1972 exportiert Albanien elektrischen Strom.

Große Fortschritte verzeichnet auch Albaniens Landwirtschaft. Im Zeitraum von 1966 bis 197o wurden 1o2 ooo Hektar Boden urbar gemacht. Die Bewässerungsanlagen bewässern nunmehr 54% des gesamten kultivierten Landes. Außerdem sind seit der Befreiung 44 ooo Hektar Sumpfland entwässert und bebaubar gemacht worden.

P. W., Wien ●



Gefängnis für Ausländer

Am 27. Februar 1973 wurde in München der persische Student Manutschehr Hamedi in seiner Wohnung von der deutschen Polizei verhaftet und in Untersuchungshaft gesteckt. Hamedi ist ehemaliger Vorsitzender und Vorstandsmitglied der fortschrittlichen „Konföderation Iranischer Studenten" (CISNU).

Massenkundgebungen und Proteste in einigen europäischen Hauptstädten führten dazu, daß die deutschen Behörden Manutschehr Hamedi aus der Haft entlassen mußten. Er wurde aber bis auf weiteres in einem Flüchtlingslager bei München interniert, obwohl er kein Flüchtling ist und seit 14 Jahren in Deutschland lebt.

Nach dem Verbot der Generalunion Palästinensischer Arbeiter und der Generalunion Palästinensischer Studenten ist die Verhaftung eines Vorstandsmitgliedes der CISNU ein weiterer Schritt, die politische Betätigung fortschrittlicher Organisationen zu verbieten. ●

Auch für kinderreiche Familien:

»Sozialer« Wohnbau

In der Mai-Nummer 72 der "Roten Garde" zeigten wir am Beispiel des Bauvereins "Neues Wohnen" auf, wie unter dem Vorwand sozialer und gemeinnütziger Einrichtungen Steuergelder in die Hände gerissener Geschäftemacher wandern. Welchen Schweinereien der Wohnungssuchende ausgesetzt ist, und unter welchen Bedingungen Menschen in unserem "Sozialen Wohlfahrtsstaat" leben müssen, wollen wir hier mit einem anderen Beispiel deutlich machen.



In einem Altbau eines Wiener Arbeiterbezirkes schließt an einen muffigen,stickigen Gang eine Zimmer-Küche-Wohnung, die gesundheitsamtlich gesperrt wurde. Verständlich, denn die Nässe in den beiden Räumen stieg bis auf die Höhe von über zwei Meter! So weit - so gut. Österreichs Sozialapparatur schien in diesem Fall zu funktionieren.Aber es schien nur so, tatsächlich lebt hier eine Familie mit 7 (!) Kindern. Der Vater ist einfacher Arbeiter und bringt mit dem kargen Verdienst und der Kinderbeihilfe sich und seine Familie gerade noch durch.

Bereits zwei Jahre lang sucht er um eine Gemeindewohnung an, wobei er immer zur Antwort bekam: "Vielleicht im nächsten Jahr". Es ist ja bekannt,daß die Gemeindewohnungen eben nicht nach "sozialen Gesichtspunkten" vergeben werden, sondern von den Parteien zum Mitgliederfang benutzt werden. Ein Arbeiter mit 7 Kindern, der gar keine Zeit und Lust hat, für die SP herumzulaufen und gerade das Lebensnotwendigste verdient, ist ohnehin für die Bonzen uninteressant.

Daß es in unserem Gesellschaftssystem so und nicht anders zugeht,haben schon viele Arbeiter am eigenen Leib erfahren. Dem Wohnungsproblem wird aber weder durch "sozialen Wohnbau" noch durch die verschiedensten "gemeinnützigen" Wohnbauförderer abgeholfen, zudem ist der Bau von teuren Wohnungen, die sich kein Arbeiter leisten kann,profitabler für das Kapital. Das Wohnungsproblem ist aber nicht nur ein Problem der arbeitenden Klasse,dieses hat es auch mit anderen Klassen, besonders dem städtischen Kleinbürgertum gemeinsam. Lösbar wird das Wohnungsproblem nur dadurch, daß die Arbeiterklasse den Hauptwiderspruch dieser Gesellschaft, den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten, löst. Dies geschieht dadurch, daß sie ihre Macht errichtet. Dann erst ist es möglich,auch die ärgsten Mißstände zu beseitigen. Denn man kann nicht Probleme, die Auswirkungen der bestehenden Gesellschaftsordnung sind, lösen, ohne ihre Ursache, das kapitalistische System, zu beseitigen.

Im Sozialismus gibt es kein Wohnungsproblem mehr. Zum Beispiel betragen in China und Albanien die Ausgaben für die Mieten und Betriebskosten nur 3-5 % des Lohnes eines Arbeiters - und nicht wie in Österreich 2o % oder in den Vereinigten Staaten ein Drittel des Arbeitslohnes. ●

Bei den Zementwerken in Kaltenleutgeben, Kaltenleutgebner Straße Nr. 16 und 18, befinden sich für die Arbeiter sogenannte „Ledigenhäuser". Diese Häuser sind muffige, dreckige Gebäude, zum Teil Rohziegelbauten. Sie sind sehr eng gebaut, und die Wohnungen sind dadurch, daß die Häuser an einem Berghang liegen, zudem sehr lichtarm. Neben dem Staub der Zementwerke, der die ganze Gegend bis nach Rodaun verdreckt, macht auch der Gestank der Kanalisationsanlagen die Luft unerträglich. In diesen Häusern wohnen neben einigen österreichischen Familien auch die Familien türkischer Kollegen.

Trotz aller Kärglichkeit in Ausstattung und Größe sind solche Werkswohnungen natürlich ein weiteres Druckmittel gegen die Arbeiter eines Betriebes, und die Kapitalisten verdienen doppelt. Erstens, indem sie an seiner Mehrarbeit verdienen, denn der Arbeiter bekommt nicht für den Wert der Produkte bezahlt, die er herstellt, sondern dafür, daß er soundsolange arbeitet. Zweitens wandert ein großer Teil des Lohnes wieder zurück in die Tasche des Kapitalisten, dem ja die Werkswohnung gehört. Dazu kommt noch, daß der Arbeiter an seinen Betrieb gekettet ist und nicht mehr ohne weiteres den Arbeitsplatz wechseln kann. Dadurch wird er noch mehr zum Sklaven des Kapitalisten, denn wenn er aufbegehrt, fliegt er aus dem Betrieb und aus der Wohnung.

W. P., Wien ●

Seit 17 Jahren warten die Slowenen auf die Erfüllung des Staatsvertrages:

Wie lange noch?

Wir veröffentlichen diesen Brief, weil er die Bestimmungen des Staatsvertrages über die Rechte der nationalen Minderheiten in Österreich anführt. Diese Rechte sind bis heute noch nicht erfüllt. Der „Ortstafelkrieg" bezweckte die Schaffung eines nationalen Chauvinismus unter den Österreichern (nicht ohne Grund kommt man in Gesprächen über die Kärntner Slowenen auch gleich auf die Gastarbeiter zu sprechen), welcher der imperialistischen Politik des österreichischen Kapitals dienen soll. Die imperialistischen Großmächte spekulieren auf eine Zerstückelung Jugoslawiens und auch die österreichischen Kapitalisten wollen daran mitverdienen. In Österreich aber soll die chauvinistische Hetze von den Angriffen des Kapitals (Mehrwertsteuer, Stillhalteabkommen, Abwürgen der innerbetrieblichen Lohnkämpfe) ablenken, die Arbeiterklasse spalten und nicht zuletzt verschleiern, daß der Hauptfeind der Arbeiterklasse die Kapitalisten mit ihrer SP-Regierung und mit ihren ÖGB-Bonzen sind. Die Redaktion

In der letzten Zeit war wieder die slowenische Bevölkerung in Kärnten das große Diskussionsgespräch der Österreicher. Über den sogenannten Ortstafelkrieg wurde schon vieles geschrieben und im Fernsehen und Rundfunk diskutiert. Aus Gesprächen mit Arbeitskollegen konnte ich entnehmen, daß diese Frage den Menschen nicht klar ist. Es scheint daran zu liegen, daß der Großteil der Österreicher nicht weiß, daß die Slowenen keine Forderungen stellen, deren Erfüllung ihnen nicht zustünde.



„Wir haben die Bestimmungen des Staatsvertrages erfüllt, so wahr ich hier stehe!"

So ist auch die Meinung verbreitet, daß sich die slowenische Bevölkerung die zweisprachigen Ortstafeln angeblich in den Kopf gesetzt hat, um zu demonstrieren, daß sie keine Österreicher, sondern Jugoslawen wären. Ja, oft hört man sogar, daß diese Minderheit einen Teil von Kärnten und der Steiermark an Jugoslawien angliedern will. Daß diese Vorstellungen ganz und gar nicht den Tatsachen entsprechen, wird erst klar, wenn man erfährt, daß die Forderungen der Slowenen Bestimmungen des Staatsvertrages sind, die vom 15.Mai 1955 bis heute noch nicht erfüllt wurden. Um mit aller Deutlichkeit klarzustellen, welche Rechte den Slowenen zustehen, möchte ich hier zum besseren Verständnis die wichtigsten Punkte betreffend der Minderheiten in der Steiermark und Kärnten aus dem Staatsvertrag anführen.

Im Artikel 7 des Staatsvertrages heißt es: "1. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark genießen dieselben Rechte auf Grund gleicher Bedingungen wie alle anderen österreichischen Staatsangehörigen, einschließlich des Rechtes auf ihre eigenen Organisationen, Versammlungen und Presse in ihrer eigenen Sprache.

2. Sie haben Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache und auf eine verhältnismäßige Anzahl eigener Mittelschulen; in diesem Zusammenhang werden Schullehrpläne überprüft, und eine Abteilung der Schulaufsichtsbehörde wird für die slowenischen und kroatischen Schulen errichtet werden.

3. In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung wird die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen. In solchen Bezirken werden die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfaßt.

4. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen oder kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark nehmen an den kulturellen, Verwaltungs- und Gerichtseinrichtungen in diesen Gebieten auf Grund gleicher Bedingungen wie andere österreichische Staatsangehörige teil.

5. Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten."

Die Ausführungen dieser Punkte des Staatsvertrages zeigen uns mit aller Deutlichkeit, daß sich hier die Slowenen nur auf die ihnen zustehenden Rechte berufen. Daß man von diesen Rechten ablenken will, wird klar, wenn man darüber diskutiert, ob die Kärntner für eine Aufstellung solcher zweisprachiger Tafeln sind oder nicht bzw. wenn man von einer "Minderheitenfeststellung" spricht. Mir ist es unerklärlich, was hier noch besprochen werden soll, wenn doch schon seit 17 Jahren die Rechte der Slowenen und Kroaten fest im Staatsvertrag verankert sind.

Die Parteien wenden sich entschieden dagegen, wenn man ihnen vorwirft, daß sie die slowenische Minderheit unterdrücken. Jedoch kann jeder erkennen, daß die Rechte der Minderheit in Südkärnten bis heute noch nicht erfüllt sind. Ich bin der Meinung, daß man die gerechten Forderungen der Slowenen anerkennen sollte und sich somit auf die Seite dieser Menschen in ihrem Kampf gegen nationalistische und faschistische Hetze stellen muß!

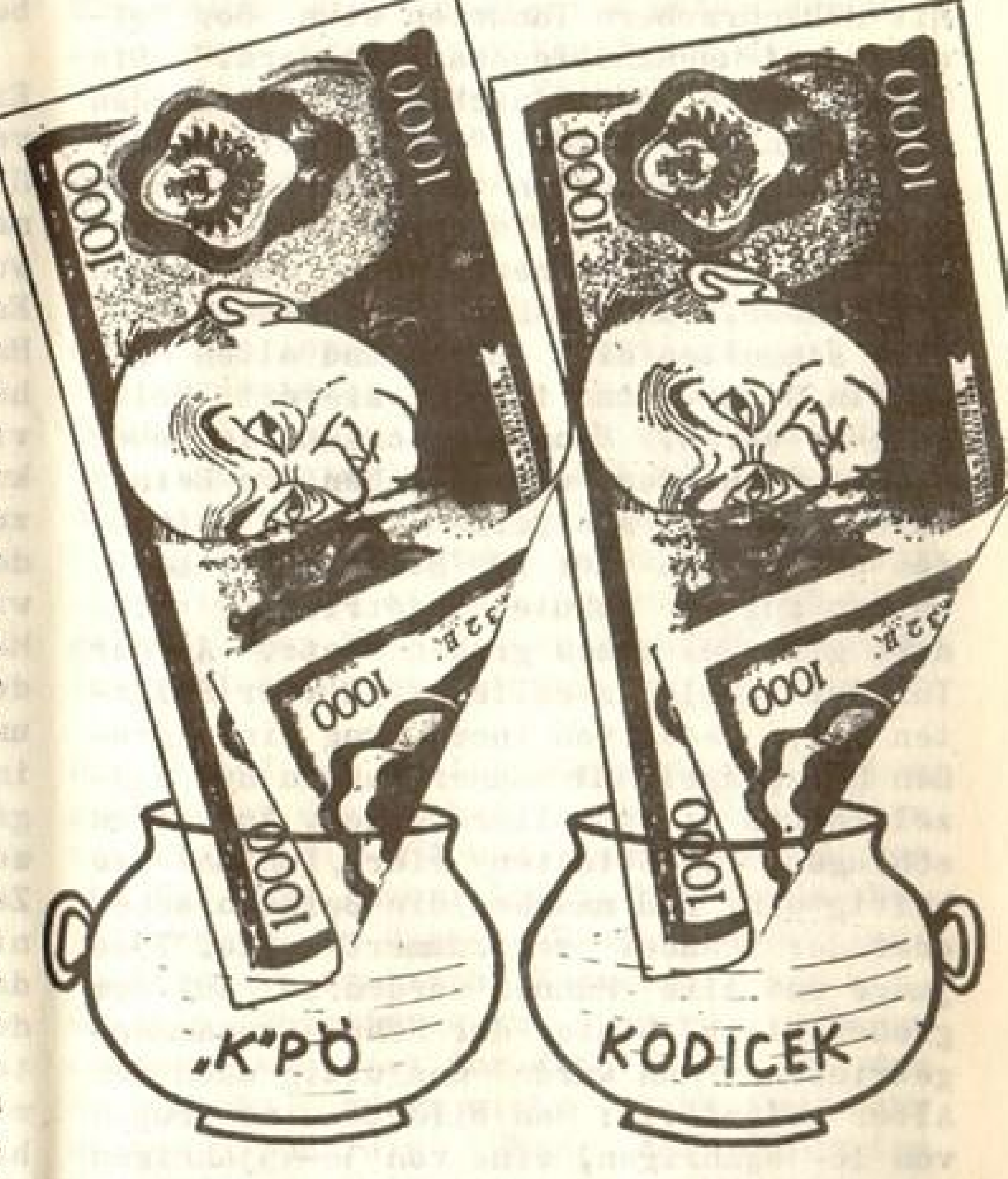
F. P., Wien ●

Revisionistisches

Unter dem Titel "Wie der Schelm ist..." (Die Alternative, Organ der Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit, S.3) regen sich die SP-hörigen Revisionisten um Herrn Kodicek auf, daß die "Volksstimme" ihnen vorgeworfen hat, sie würden "direkt von der SP ausgehalten." Als Verteidigung bringen die Kodicek-Leute folgendes vor:"Die Gewerkschaftsfraktion der KPÖ bekommt so wie alle vom ÖGB anerkannten Fraktionen eine Subvention."..."Sie erhielt auch im abgelaufenen Jahr ein Vielfaches von dem, was die Arbeitsgemeinschaft der GE seit ihrer Anerkennung durch den ÖGB erhalten hat."

Schlußfolgerung: Es stimmt ja gar nicht, daß die "Arbeitsgemeinschaft für GE" von der SP ausgehalten wird. (Fragt sich bloß, wer den ÖGB kontrolliert!) Die Wahrheit ist, daß die Kodicek-Leute ebenso wie die GE von Gewerkschaftsgeldern leben! Und das ist doch durchaus gerecht, denn wenn man vom ÖGB "anerkannt" ist, muß es sich der Gewerkschaftsbund doch etwas kosten lassen.

So geht es eben, wenn die kleineren Bonzen sich mit den größeren Bonzen streiten. Da kommt freilich an den Tag, was diese Herren mit den Gewerkschaftsgeldern anfangen. An der Tatsache, daß die Mitgliedsbeiträge der Gewerkschaftsmitglieder in



Gewerkschaftsgeld stinkt nicht

die BAWAG und die einzelnen Gewerkschaftsfraktionen wandern und nicht zur Streikunterstützung verwendet werden, stößt sich keiner der Bonzen. Kein Wunder, denn wie der Schelm ist, so denkt und handelt er! ●

Palästina:

Israelischer Terror

Augenzeugenbericht von Hassan D., 18 Jahre alt, Sohn eines palästinensischen Handwerkers, aus einem Dorf nahe der Stadt Kanunis im Gazastreifen.

Unser Dorf hat etwa 3ooo Einwohner, Flüchtlinge und Bauern, die Zitrusfrüchte anbauen. Täglich patrouillieren israelische Soldaten durch unser Dorf. Eines Tages wurde nördlich von unserem Dorf auf einem Militärweg eine Mine gelegt. Ein gepanzerter Militärwagen explodierte. Das geschah in den frühen Morgenstunden. Eine halbe Stunde später erschienen Lautsprecherwagen. Die Durchsage lautete: Keiner darf sein Haus verlassen, sonst wird gezielt geschossen. Dann kamen 3o Panzer und Militärlastwagen und umzingelten das Dorf. Mit Hubschraubern landeten etwa 8oo Soldaten auf den naheliegenden Feldern. Die Bauern, die dort nichtsahnend auf den Plantagen arbeiteten, wurden sofort verhaftet. Die Soldaten verteilten sich im ganzen Dorf, gingen in jedes Haus, schlugen alle Hausbewohner, auch die Frauen und Kinder, und nahmen die Männer mit. Sie sammelten die jungen und alten Männer in Gruppen und trieben sie mit Holzstöcken voran. Dabei schossen sie über die Köpfe hinweg und zwischen den Beinen durch; einige stolperten, wurden getroffen und fielen tot zu Boden. Die Leute wurden auf die Schule zugetrieben, denn dort gibt es einen großen Platz. An der Tür der Schule stellten sich vier Soldaten auf, jeder von ihnen trug einen großen Holzprügel. Die Männer mußten nun einzeln durch die Schultüre gehen. Auf jeden schlugen die Soldaten vier-, fünfmal so heftig ein, daß manchen die Beine brachen oder der Schädel zertrümmert wurde. 15oo junge und alte Männer wurden so auf dem großen Platz hinter der Schule zusammengetrieben. Nun wurde endgültig nach dem Alter aufgeteilt: Man bildete eine Gruppe von 16-3ojährigen, eine von 3o-45jährigen und eine weitere von 45-8ojährigen. Alle müssen sich bäuchlings auf die Erde legen, und die Soldaten laufen auf den Körpern entlang und schlagen auf die am Boden Liegenden ein. "Habt ihr die Kommandos gesehen? Habt ihr die Minen gelegt?" schreien sie. Die Leute dürfen nicht aufstehen, bekommen nichts zu essen und müssen den ganzen Tag dort auf der Erde liegen. Immer wieder werden sie geschlagen. Oft werden einzelne herausgegriffen, meistens die jüngeren. Immer wieder schlägt man auf sie ein und fragt sie: "Hast du die Kommandos gesehen? Hast du die Minen gelegt?"

Die Verletzungen sind furchtbar: Brüche und Kopfwunden. Endlich dürfen die älteren Leute gehen. Die jungen zwischen 16 und 3o müssen bleiben. Sie werden gezwungen, alles bis auf die Unterkleidung abzulegen, dann müssen sie sich an die Wand stellen. Mit gezielten Boxschlägen wird auf sie eingedroschen, immer wieder werden sie nach den Kommandos gefragt, immer wieder werden sie auch mit Stiefeln getreten. Nach weiteren Stunden werden einige entlassen. Etwa 2oo Personen werden zurückgehalten, sie kommen ins Gefängnis.

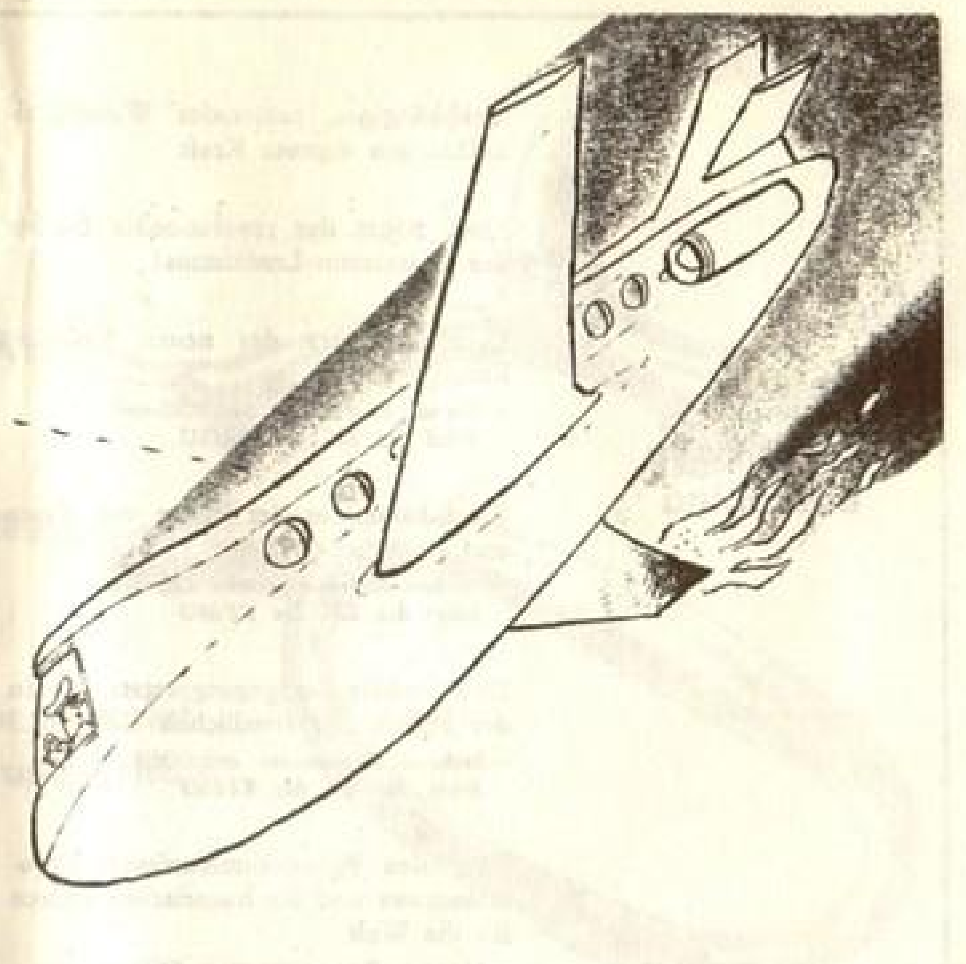
Noch am gleichen Tag montieren die israelischen Soldaten ein Maschinengewehr auf dem Turm der Moschee und schießen damit ständig über das Dorf. Die Soldaten bleiben im Dorf postiert.

Eine Woche lang durften wir das Haus nicht verlassen. Die Soldaten durchsuchten die Häuser, schlugen die Leute und verhafteten mehrere Personen. Manche Dorfbewohner wurden erschossen, weil sie nicht genug Essen im Haus hatten und in der Nacht das Haus verließen, um sich heimlich etwas zu holen. Eine Woche später durften wir nun vier Stunden aus den Häusern. In dieser kurzen Zeit gelingt es den wenigsten, bis zur Stadt und zurück zu kommen. Wer nach der Sperrstunde unterwegs angetroffen wird, der wird erschossen. – Die jungen Männer, die in das Gefängnis gesteckt wurden, mußten tagelang ohne Essen bleiben und dazwischen folterte man sie. Die Räume, in die man sie einsperrte, waren nur 2x4m groß. Das wäre weiter nicht schlimm gewesen, wenn man nicht 4o Personen in eine Zelle gesperrt hätte; die Gefangenen, die nicht mehr stehen konnten, lagen und saßen daher tagelang übereinandergestapelt. In den Nachtstunden kamen die Soldaten, holten einzelne heraus und folterten sie, damit sie eine Aussage machten. Aber was hätten sie schon sagen sollen? So blieben sie etwa drei Wochen lang eingesperrt. In der Nähe des Weges, auf dem die Mine explodiert war, wurden während dieser Tage ohne nähere Begründung 8 Häuser in die Luft gesprengt.

Solche Dinge passieren bei uns ständig, deshalb ist dies kein einmaliges Erlebnis. ●



Leserbriefe zum Thema Terror



In der "Süddeutschen Zeitung" vom 23. Februar 1973 ist auf der Titelseite u.a. folgendes zu lesen: "Auf eine rein militärische Aktion suchte Verteidigungsminister Mosche Dayan bei einer Pressekonferenz am Abend den Zwischenfall auf der Sinai-Halbinsel herunterzuspielen. Das Ergebnis habe 'keine politische Bedeutung'".

Natürlich, die "Tragödie des unglücklichen Zwischenfalls" hat "keine politische Bedeutung", zirka 100 Tote spielen offensichtlich "keine besondere" Rolle.

In der Weltpresse und in anderen entsprechenden Medien ist es seit langem bevorzugte Mode, den palästinensischen Befreiungskämpfern Terrorismus in jeder Form vorzuwerfen, selbstverständlich in betont negativer Hinsicht. Wer die echten Terroristen im angesprochenen Raum sind, dürfte spätestens jetzt überdeutlich klar sein! Eine allgemein anerkannte Zivilflugmaschine der Arabischen Republik Libyen verirrt sich (unter dem Kommando französischer Piloten) über die Halbinsel Sinai, welche unzweifelhaft zum ägyptischen Territorium gehört. Israelische Düsenjäger schießen auf die Flügelspitzen des Flugzeuges. Angeblich wollte man damit "nur" die Maschine zur Landung zwingen. Wobei sich auch technisch unversierte Menschen darüber im klaren sind, daß gerade die Flügel als Treibstofftanks dienen, ein Schuß in diese zum Abschuß führen muß.

Der internationale Zionismus scheut keine Mittel, gegen seine Gegner anzukämpfen und sei es gegen harmlose Zivilisten. Frau Ministerpräsident Meir braucht keine Krokodilstränen über israelische Tote zu vergießen, auch die Araber leben gern!

F. P., Westdeutschland ●

Was sich jetzt in Khartum unter der Bezeichnung "gerechter Kampf für die Sache des palästinensischen Volkes" abspielte, schaut in der Tat so aus, als ob es von den Feinden der Palästinenser bestellt und durchgeführt worden wäre.

Der Abschuß der libyschen Verkehrsmaschine durch die Israeli hat deutlich wie nie die mörderische Fratze des zionistischen Imperialismus gezeigt. In weiten Kreisen hat sich erstmals Sympathie mit dem Kampf des palästinensischen Volkes gezeigt. Die Tötung der Diplomaten im Sudan hat aber hier wieder zu einem schweren Rückschlag geführt. Man kann dieser Handlung keinerlei Wohlwollen abgewinnen.

Der Kampf des palästinensischen Volkes geht unter den schwierigsten Bedingungen vor sich. Die USA und Rußland versuchen ihn für ihre imperialistischen Großmachtinteressen in diesem Raum auszunützen. Reaktionäre arabische Kreise mischen mit, um ihre Positionen zu sichern. Dies zu durchschauen, ist für die Völker in den arabischen Ländern nicht leicht. Umso mehr müssen sich die Führer des gerechten Kampfes der Palästinenser am Marxismus-Leninismus orientieren. Angewandt auf ihre konkreten Verhältnisse ist er der Schlüssel zum richtigen Kampf bis zum Sieg. Solche anarchistischen Aktionen werden dann nicht mehr den palästinensischen Kämpfern in die Schuhe geschoben werden können.

O.H., Wien ●

Heimarbeit

In den westlichen Industrieländern und damit auch in Österreich gibt es eine Schicht unter den Arbeiterinnen, die mehr als alle anderen ausgebeutet wird: die Heimarbeiterin.

Welche Frauen sind es, die Heimarbeiten annehmen? Es sind Frauen, die wegen ihrer Kinder zu Hause bleiben und deren Männer oft allein nicht genug verdienen, um die Familie zu erhalten. In vielen Fällen sind es ungelernte Frauen, d.h. sie haben den Beruf, den sie jetzt als Heimarbeiterin ausüben, nicht erlernt.

Viele von ihnen denken so: "Auf diese Art brauche ich meine Kinder nicht in den teuren Kindergarten schicken. Daneben aber verdiene ich noch etwas dazu. Damit kann ich mein Haushaltsgeld aufbessern oder habe ein wenig Taschengeld zum eigenen Gebrauch."

Sicherlich sind das Argumente, die zählen, aber wie steht es nun wirklich mit der Heimarbeit?

In verlockenden Angeboten wird so manche Frau überredet, so eine Heimarbeit anzunehmen. Jedoch kommt sie schon bald darauf, daß ihr im Inserat nicht alles gesagt wurde, d.h. daß die Bedingungen bedeutend schlechter sind als angekündigt. So braucht man z.B. in vielen Heimarbeiten Maschinen. In der Textilbranche sind es Strickmaschinen, Nähmaschinen usw. Wer bezahlt nun diese Maschinen? In der Fabrik ist es ja der Besitzer, der sie einrichtet und auch instandhält. Hier aber sind es bekanntermaßen die Arbeiterinnen selbst! Nun, und um die Frauen dadurch nicht gleich abzuschrecken, ist es z.B. in der Schneiderei so, daß die Nähmaschine vom Unternehmer zur Verfügung gestellt wird.

Sie muß aber jetzt entweder nach und nach von der Heimarbeiterzulage abgezahlt werden, die 10% des Lohns ausmacht, oder die Arbeiterin muß eine Leihgebühr entrichten. Die 10% im ersten Fall zieht der Auftraggeber gleich ab. So, und in vielleicht fünf Jahren geht das Gerät in den Besitz der Arbeiterin über. Der Unternehmer kümmert sich nicht einen Deut darum, wie oft



Ausbeutung in Reinkultur: So manche Heimarbeiterin leistet die Arbeit einer gelernten Schneiderin und erhält nicht einmal den Lohn einer Hilfsarbeiterin.

die Maschine schon gerichtet werden mußte, oder ob sie nach so langer Benützung nicht schon überhaupt unbrauchbar geworden ist. In diesem Fall heißt es eben, ein neues Gerät anschaffen (wenn es der Heimarbeiterin ohnehin nicht schon zu dumm geworden ist, bei einer derartig schlechten Bezahlung oft zehn oder mehr Stunden täglich arbeiten zu müssen.

Viele Frauen reizt auch die selbständige Einteilung der Arbeitszeit. "Sie können es sich einrichten, wie Sie es wünschen. Möchten Sie einmal einen Tag Sonderurlaub, unsere schöne Heimarbeit ermöglicht es Ihnen ohne zeitraubendes Ansuchen und ohne lästiges Bitten. Sie selbst setzen Ihre Arbeitszeit fest!" So das süße Werben des Unternehmers. Wir stellen hier die Frage: Kann es sich die Heimarbeiterin leisten, einmal einen Wochentag lang nichts zu tun? Heimarbeit wird nach der Anzahl der erbrachten Werkstücke bezahlt. Auf diese Weise ist Heimarbeit zugleich Akkordarbeit. Da heißt es bei der Vereinbarung: die und die Menge ist mindestens fertigzukriegen. So wird oft in die Nacht hineingearbeitet, und nicht selten muß auch das Wochenende zur Arbeit herhalten.

Wie steht es nun mit den Anfängerinnen? Sie erhalten ja keinerlei Unterweisung, brauchen also zu einem Stück die doppelte, ja dreifache und mehr der Zeit, die der sogenannte Arbeitgeber veranschlagt hat. Das färbt natürlich sehr auf den Lohn ab. Sehen wir uns wieder in der Schneiderbranche um: Da bekommt man für die Fertigung einer Bluse durchschnittlich 40 Schilling. Die Anfängerin braucht dazu einen vollen Arbeitstag, das heißt, 8 Stunden.

Rechnen wir uns jetzt den Stundenlohn aus: Er beträgt ganze 5 Schilling!

Aber auch die flinke, eingeübte Werktätige wirft ihre Arbeitskraft weit unter dem Preis auf den Markt. Sie näht im Durchschnitt drei Stunden an der gleichen Bluse, vom ersten Stich bis zum Aufnähen des Firmenzeichens. Für diese Arbeiterin muß die tägliche Arbeitszeit 9 Stunden betragen, damit sie wenigstens auf einen Stundenlohn von 15 Schilling kommt. Dabei leistet sie die Arbeit einer qualifizierten Blusenschneiderin.

Und dieser Lohn ist nicht der niedrigste. Wir kennen da eine Teppichknüpferei, von der die Heimarbeiterin für eine Stunde sage und schreibe 5 Schilling und 85 Groschen erhält!

So betrachtet, sieht die Sache schon bedeutend weniger rosig als in den Werbetexten aus.

Erstens muß die Maschine aus der Heimarbeiterinnentasche bezahlt oder gemietet werden. Zweitens muß die Maschine in beiden Fällen von ihrem Geld repariert werden. Drittens muß die Heimarbeiterin nicht selten eine modernere Maschine kaufen, um den sich ständig erhöhenden Anforderungen einer Akkordarbeit gewachsen zu sein und damit weiterarbeiten zu "dürfen". Und viertens wird sie dadurch verstärkt ausgebeutet, weil der Unternehmer durch besonders krasse Unterbezahlung ihrer Arbeitskraft seine Profite verstärkt erhöht.